
Protokoll des Jugendhilfeausschusses vom 30.01.2025

Vorsitz: Larissa Krümpfer

Ort: Kwadrat, Wilhelm-Kaisen-Brücke 4, 28199 Bremen

Zeit: 15:30 Uhr bis 18:36 Uhr

Protokoll: Nicole Weiß und Melisa Marx

Stimmberechtigte Teilnehmende:

Mitglied		Stellv. Mitglied	
Tek, Hetav	<input checked="" type="checkbox"/>	Kaya, Yunas	<input type="checkbox"/>
Zeimke, Simon	<input type="checkbox"/>	Averwenser, Yvonne (16:46 Uhr)	<input checked="" type="checkbox"/>
Tunc, Eyfer	<input checked="" type="checkbox"/>	Eckardt, Kerstin	<input type="checkbox"/>
Arpaz, Selin	<input checked="" type="checkbox"/>	Bries, Falko	<input type="checkbox"/>
Kähler, Katharina	<input checked="" type="checkbox"/>	Tuchel, Valentina	<input type="checkbox"/>
Kretschmann, Heike	<input checked="" type="checkbox"/>	Yildiz, Medine	<input type="checkbox"/>
Görgü-Philipp, Sahhanim	<input checked="" type="checkbox"/>	Dr. Tell, Franziska	<input type="checkbox"/>
Hassanpour, Dariush	<input checked="" type="checkbox"/>	Tuncel, Cindi	<input type="checkbox"/>
Ziegler, Gerd	<input checked="" type="checkbox"/>	Bohlmann, Jasmin	<input type="checkbox"/>
Krümpfer, Larissa	<input checked="" type="checkbox"/>	Kastens, Christina	<input type="checkbox"/>
Harjes, Sandra	<input type="checkbox"/>	Witte, Gabriele	<input checked="" type="checkbox"/>
Goldschmidt, Nikolai (17:40)	<input checked="" type="checkbox"/>	Merkel, Monica	<input type="checkbox"/>
Edwards, Linus	<input checked="" type="checkbox"/>	Büttgen, Anke	<input type="checkbox"/>
Himmelskamp, Laura	<input type="checkbox"/>	Geupel, Gesine	<input type="checkbox"/>

Tagesordnungspunkt 1

Genehmigung der Tagesordnung

-

Beschluss:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Zustimmung: 13

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 2

Anregungen und Wünsche junger Menschen - Aktuelles

Arife Görgün, Vorstand der Gewitterziegen, berichtet über finanzielle Kürzung der Gewitterziegen und der aus ihrer Sicht nicht plausiblen Entscheidung das Angebot für Mädchen zu kürzen. Einen Vergleich zwischen Jugendhäusern und Mädchenarbeit anzustellen, ist nicht nachvollziehbar.

Die Vorsitzende weist daraufhin, dass im Jugendhilfeausschuss nicht die Entscheidungen aus den Controllingausschüssen thematisiert werden können, da diese nur vor Ort im Rahmen der Bedarfsplanung getroffen werden können. Die Verantwortung liegt bei den Sozialzentren.

Johannes Osterkamp (Beiratsprecher Neustadt) weist darauf hin, dass die Sozialzentrumsleitung die finanzielle Kürzung der Gewitterziegen entschieden hat, die Entscheidung wird Fraktionsübergreifend im Beirat in der Neustadt abgelehnt.

Ina Bernhard aus dem Mädchenzentrum Gröpelingen äußert den Wunsch, dass eine schriftliche Stellungnahme als Positionierung zur geschlechtergerechten und –spezifischen Arbeit vom Ausschuss verfasst wird.

Die Vorsitzende greift diesen Vorschlag auf, gerne kann eine entsprechende Stellungnahme erarbeitet und durch ein Mitglied des JHAs eingebracht werden.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Arife Görgün, Larissa Krümpfer, Joannes Osterkamp, Ina Bernhard

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 08.11.2024

Das Protokoll aus der Sitzung vom 08.11.2024 wird genehmigt.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Beschluss:

Zustimmung: 13

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 4

Bedarfsermittlungsverfahren für die Offene Kinder- und Jugendarbeit Ergebnis der UAG des JHA zur Weiterentwicklung der Finanzierungssystematik der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Rolf Diener und Felix Seidel führen in die Vorlage ein.

Rolf Diener bedankt sich bei den Mitgliedern der UAG für die konstruktive und zielorientierte Arbeit und dass ein einvernehmliches Ergebnis erzielt wurde.

Larissa Krümpfer ergänzt zum bisherigen Verfahren: Bisher gab es einen Haushaltsbeschluss, der festgelegt hat, wieviel Geld dem Arbeitsfeld zur Verfügung steht. Anschließend wurde anhand der vorgegebenen Indikatoren entschieden, welcher Stadtteil wieviel zugeteilt bekommt. Dies hat dazu geführt, dass es Stadtteile gab, die kaum Mittel erhalten haben. Der jetzige Vorschlag ist ein Paradigmenwechsel, denn es werde zunächst prognostiziert wie viele junge Menschen in Bremen leben und diese werden sodann gewichtet, um im nächsten Schritt zu prüfen, in welchem Umfang Offener Kinder- und Jugendarbeit auf dieser Basis zur Verfügung gestellt werden soll und wie viele finanzielle Mittel hierfür auf Grundlage von Tarifbeschlüssen nötig wären. Sie appelliert an das Gremium nicht den Status quo zu erhalten, sondern offen in das neue Verfahren zu gehen.

Die UAG bedankt sich bei Felix Seidel für die sehr gute regelmäßige Vorbereitung und Sitzungs-führung. Die Zusammenarbeit war sehr konstruktiv und die unterschiedlichen Sichtweisen der Ver-tretungen der verschiedenen Arbeitsbereiche konnten gut gemeinsam beleuchtet werden, so dass man sich einvernehmlich auf den vorgestellten Vorschlag verständigt hat und diesen als zielführend für das Themenfeld der finanziellen Mittel in der offenen Kinder- und Jugendarbeit bewertet.

Die Vertretungen der Fraktionen bestätigen die Aussagen, auch wenn es noch offene Fragen und auch Bedenken gebe, sehen alle eine große Chance im neuen Verfahren, auch um im Rah-men von Haushaltsbeschlüssen Bedarfe zugrunde legen zu können.

Ulrich Barde als Sprecher der AG gemäß § 78 SGB VIII KiJuFö berichtet von der dort geführten Debatte. In der AG wurde die Vorlage kontrovers mit allen Vor- und Nachteilen diskutiert. Begrüßt werde die Dynamisierung sowie der Abbau von Bürokratie durch das Zusammenlegen unterschiedlicher Fördertöpfe. Die Neuordnung der Planungsverantwortung werde ebenfalls als

Chance verstanden, da aktuell in den allermeisten Controllingausschüssen keine Konsentscheidungen mehr getroffen werden konnten und die jeweilige Sozialzentrumsleitung entschieden hat. Allen ist klar, dass der weitere Prozess noch viel Arbeit bedeutet. Die AG wünscht sich eine Veränderung des Titels, da es sich nicht um ein Bedarfsermittlungsinstrument, sondern um ein Rechenmodell handelt. Des Weiteren sei hervorzuheben, dass die für den noch anstehenden Prozess eine breite Beteiligung der freien Träger und jungen Menschen anzustreben sei, damit alle im Prozess mitgenommen werden. Für den Martinsclub brauche es eine übergeordnete Lösung.

Johannes Osterkamp als Beiratssprecher für die Neustadt und auch als Mitglied in der UAG bestätigt die Notwendigkeit eines neuen Modells. Das neue Verfahren gibt die Möglichkeit und eine Orientierung zur Mittelverteilung – hierbei ist es transparent für alle und ermöglicht eine Betrachtung über Stadtteilgrenzen/Beiratsgebiete hinweg. Es ist deutlich geworden, dass es nicht zielführend ist, den Status Quo zu erhalten und dann ggf. Einrichtungen zu unterhalten, die nur wenige Öffnungszeiten abbilden können. Gemeinsam muss geprüft werden, welche Angebote auch über bestimmte Grenzen hinweg eine Strahlkraft haben können, welche es braucht und wo man Synergien erzeugen kann.

Nikolai Goldschmidt schließt sich ebenfalls an, möchte aber deutlich machen, dass es aus dem Arbeitsfeld noch viele offene Fragen und große Unsicherheiten gibt, was die Folgen betrifft. Die nächsten Schritte zur Erarbeitung von Standards sind daher sehr wichtig – hier sollte ein gemeinsamer Prozess mit dem beteiligten Arbeitsfeld und einer großen Transparenz zeitnah starten.

Der Ortsamtsleiter Huchting Christian Schlesselmann möchte darauf aufmerksam machen, dass es wichtig ist, die Diversität der Stadtteile im Blick zu behalten und hier Gestaltungsspielräume zu erhalten. Beispielsweise gebe es in Huchting sehr unterschiedliche Einrichtungen und im Verhältnis zu diesen überproportional viele Projekte und dies solle auch weiterhin möglich sein.

Sigrun Bösemann von der Stadtteilmfarm Huchting macht auf die Besonderheiten der Farmen und deren Berücksichtigung aufmerksam.

Felix Seidel betont, dass es sich um eine Brechnung auf Grundlage aktueller Datenlagen handle. Der Finanzbedarf als solcher sei auf Basis des vorgestellten Berechnungsverfahrens ein gesetzter Wert, aber wofür er dann in den jeweiligen Sozialräumen ausgegeben werde, müsse vor Ort entschieden werden. Weiter ergänzt er, dass Einrichtungsstandards so zu verstehen sind, dass es unterschiedliche geben werden muss, um die Diversität abzubilden. Beispielsweise könnten das Einrichtungsstandards für Sportstätten, Mädchentreffs, Jugendfreizeitheimen und Farmen sein.

Gerd Ziegler schließt sich insgesamt den Aussagen zum Prozess an und führt die Argumente für die Notwendigkeit eines neuen Systems aus. Er bittet jedoch um Veränderung im Beschlussvorschlag zu Satz 2. Das Wort rechnerisch sei irritierend.

Rolf Diener kann diesem zustimmen, so dass der Beschlussvorschlag entsprechend verändert wird.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Larissa Krümpfer, Selin Arpaz, Sahhanim Görgü-Philipp, Hetav Tek, Gerd Ziegler, Felix Seidel, Johannes Osterkamp, Ulrich Barde, Nikolai Goldschmidt, Christian Schlesselmann, Sigrun Bösemann, Rolf Diener

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen nimmt den vorgelegten Bericht zu Kenntnis.
2. Der Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde stimmt dem ~~rechnerischen~~ Bedarfsermittlungsverfahren zu und empfiehlt die Zusammenführung der Förderstränge der stadtteilbezogenen Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der überregionalen Angebote und der Integrationsmittel für die Offene Kinder- und Jugendarbeit.
3. Der Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen bittet die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration um Vorlage des Bedarfsermittlungsverfahren in der Deputation für Soziales, Jugend und Integration.
4. Der Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen bittet die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration, vorbehaltlich der Bestätigung des Verfahrens durch die Deputation für Soziales, Jugend und Integration, das Verfahren zur Grundlage für zukünftige Bedarfsplanungen auf der Basis des jeweils verfügbaren Haushaltsbudgets zu machen.
5. Der Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen bittet die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration darüber hinaus, vorbehaltlich der Bestätigung des Verfahrens durch die Deputation für Soziales, Jugend und Integration, um die Organisation folgender Teilprozesse:
 - a. Informationsveranstaltung für die Fachkräfte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit;
 - b. Fachtage für junge Menschen zu Qualitäts- und Ausstattungsstandards von Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit;
 - c. Definition von Einrichtungsstandards der Offenen Kinder- und Jugendarbeit;
 - d. Überarbeitung der Planungs- und Zuwendungspraxis;
6. Über die Umsetzung bittet der Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration anlassbezogen zu berichten

Zustimmung: 12

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 5

Förderrichtlinien für Beratungsstellen im Kinderschutz sowie Frühberatungsstellen, Wellcome und ProKind

Cordula Breitenfeldt führt in die Förderrichtlinie ein.

Es wird der Wunsch geäußert in Anlage 1, Punkt 2 „Gegenstand der Förderung“ im vorletzten Absatz zum Satz „Da der Bereich Frühe Hilfen ressortübergreifend ist (insbesondere Gesundheit und Bildung), soll stets eine mögliche Mitförderung anderer Ressorts geprüft werden.“ zu konkretisieren, wer dem Prüfantrag nachgeht.

Zudem sollte geprüft werden, ob die Förderrichtlinie auch auf Landesebene betrachtet und Bremerhaven einbezogen werden sollte.

Die Verwaltung teilt mit, dass die Prüfung durch die zuwendungsgebende Stelle erfolgt. Die mögliche Umsetzung der Förderrichtlinie auf Landesebene wird geprüft.

Förderrichtlinien für Beratungsstellen im Kinderschutz sowie Frühberatungsstellen, Wellcome und ProKind

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Selin Arpaz, Cordula Breitenfeldt, Iris von Engeln, Rolf Diener

Beschluss:

Bitte um Zustimmung.

Zustimmung: 11

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 6

Handlungsleitfaden zum BremAOG

Hanna Hußmann-Kenfack führt in den Handlungsleitfaden ein.

Aufgrund verschiedener Nachfragen von Trägerseite wird erläutert, dass in der Begründung zum BremAOG der Begriff „halbtags“ bereits mit „mindestens 20 Wochenstunden“ beschrieben ist. Insofern ist der Wille des Satzungsgebers deutlich und es besteht kein Spielraum für eine anderweitige Auslegung bei der Umsetzung.

Es wird angeregt, auch andere systemrelevante Berufe, wie bspw. Fachkräfte an Grundschulen, in den Fokus zu nehmen. Zudem hätten Auszubildende auch einen dringenden Betreuungsbedarf.

Frau Hußmann-Kenfack und Herr Jablonski erläutern, dass diese Fragestellungen bei der Änderung des BremAOG bereits ausführlich diskutiert und letztlich die Stadtbürgerschaft entschieden hat, den absoluten Vorrang bei der Platzvergabe nur für bereits fertig ausgebildete Fachkräfte und auch nur in Kitas oder Großtagespflegestellen tätige Fachkräfte vorzusehen. Das tragende Argument war, dass nur durch diese Personen direkt weitere Plätze geschaffen werden. Hier geht es lediglich um die Umsetzung der bereits erfolgten Änderung des BremAOG im Handlungsleitfaden. Insofern besteht im Rahmen dieser Vorlage keine Möglichkeit das BremAOG zu verändern.

Die Fragestellungen nach einem möglichen Vorrang für pädagogische Fachkräfte außerhalb von Kitas und Großtagespflegestellen werde jedoch als Anregung für mögliche künftige Anpassungen mitgenommen.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Hannah Hußmann-Kenfack, Petra Krümpfer, Thomas Jablonski

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der dargestellten Änderung des Handlungsleitfadens zu.

Zustimmung: 11

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 7

Neuberechnung des Kita-Sozialindex

Thomas Jablonski führt in die Vorlage ein.

Stefanie Lehmann, Personalrat KiTa Bremen, bittet um einen bereits in der Vergangenheit erbetenen flexibleren Umgang nach der Normierung bis zu 50,00.

Edith Wagenheim, Beiratssprecherin Woltmershausen, stellt fest, dass laut eingereichter Vorlage in Woltmershausen 5 Einrichtungen den Status verlieren und 1 Einrichtung diesen neu erhält; tatsächlich verlieren sogar 6 Einrichtungen in Woltmershausen den Status. Zudem sind in Woltmershausen die Bedarfe für diese Einrichtungen hoch, der Blick darf hier nicht nur auf das Quartier gerichtet werden, da die KiTas sehr durchmischt sind. Der Beirat wird zu dieser Thematik gesondert in Kontakt mit SKB treten.

Im Gremium werden die Eindrücke zu der Neuberechnung des Sozialindex debattiert. Es wurde sich darauf geeinigt, dass aufgrund der Menge und Tiefe der Fragen diese in der AG gemäß § 78 SGB VIII „Kindertagesförderung in Einrichtungen und Tagespflege“ erneut aufgegriffen und besprochen werden. Dies konnte aus Zeitgründen nicht bis zu dieser Jugendhilfeausschusssitzung stattfinden und die Befassung des JHA war gleichsam unbedingt notwendig, um den Kita-Trägern eine fristgerechte Rückmeldung zu den Auswirkungen der Neuberechnung des Sozialindex geben zu können.

Laura von Albedyll erklärt, dass der KiTa-Index sich aus der Gesamtheit der Kinder einer Einrichtung ermittelt. Die Indices der Quartiere, in denen die Kinder wohnen, werden gemittelt. Diese Quartiers-Indices werden im Rahmen des Monitorings „Soziale Stadtentwicklung Bremen“ ermittelt und werden für die Berechnung des KiTa-Indexes vom Statistischen Landesamt bezogen. In diesem Index finden Faktoren wie u.a. SGBII-Bezug, Kriminalitätsrate und Anteil der Sprachförderkinder Abbildung. Der KiTa-Index berechnet sich also aus den Daten der Wohnorte der Kinder. Veränderungen können sich entsprechend sowohl aus einer Änderung der Quartiers-Indices, als auch aus einer Änderung der Zusammensetzung der Kindergruppe ergeben. Alle anderen Faktoren, die ebenfalls zu Herausforderungen für eine Einrichtung führen können, wie bspw. Fachkräftemangel, Förderkinder, usw. sind keine Bestandteile des Indexes und werden daher nicht abgebildet. Hierfür existieren teilweise andere Förderinstrumente.

Das Gremium regt an, dass sich vertieft mit der Fragestellung beschäftigt werden muss, wie Fachkräfte in den Einrichtungen verbleiben und nicht abwandern, da sie an anderen Orten ggf. bessere Arbeitsbedingungen erhalten. Wenn Einrichtungen gut ausgestattet sind, ist dies ein wesentlicher Faktor um die Fachkräfte halten zu können.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Stefanie Lehmann, Edith Wagenheim, Petra Krümpfer, Heike Kretschmann, Larissa Krümpfer, Thomas Jablonski, Laura von Albedyll, Christina Kastens, Gabriele Witte

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage zur Neuberechnung des KiTa-Sozialindex zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 8

Tarifanpassungen richtlinienfinanzierter Einrichtungen

Thomas Jablonski führt in die Vorlage zur Tarifanpassung bei Elternvereinen und weiterer formaler Änderungen der Finanzierungsrichtlinien ein.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Heike Kretschmann

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Umsetzung entsprechend der vorgelegten Senatsvorlage sowie dem Entwurf für eine Änderung der „Richtlinie zur Förderung von Tageseinrichtungen gemeinnütziger Elternvereine und sonstiger anerkannter, in der Gruppenarbeit mit Kindern erfahrener, gemeinnütziger Träger in der Stadtgemeinde Bremen“ vom 4. Dezember 2019 (Brem.ABl. 2020 S. 64), zuletzt geändert am 16. Januar 2024 (Brem.ABl. 2024, S. 82) samt Anlagen mit Wirkung ab dem 01.01.2025 zu, mit dem Ziel die Tarifentwicklung für richtlinienfinanzierte Kindertageseinrichtungen in der Stadtgemeinde Bremen nachzuvollziehen.

Zustimmung: 11

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Tagesordnungspunkt 9

Berichte der Verwaltung

- Es wird berichtet, dass folgende Anträge zur Prüfung auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gem. § 75 SGB VIII eingegangen sind:
 - Jugend des Alpenvereins Sektion Bremen
 - Waller Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH gemeinnützig (WaBeQ)

- Die Frist des Interessenbekundungsverfahrens zur Förderung eines Vormundschaftsvereins wurde bis zum 14.02.2025 verlängert.

- Für 2025 konnten die Mittel für die offene Kinder- und Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen noch nicht im Ausschuss behandelt werden, da der Haushalt erst spät beschlossen wurde. Die Verfahren laufen jedoch, die Stadtteilblätter sind erstellt und Bescheide werden ebenfalls bereits bearbeitet. Formal muss der Beschluss in der nächsten Sitzung gefasst werden.

- Bezüglich der quartalsweisen Berichterstattung zu den Empfehlungen für die Offene Kinder- und Jugendarbeit verweist Felix Seidel auf TOP 4.

Tagesordnungspunkt 10

Verschiedenes

-